

Online-Diskussion

## Wo und wie Moskaus Propaganda wirkt Der Einfluss russischer Medien in Deutschland und Südosteuropa

Veranstalterinnen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Karl-Hamann-Stiftung und Südosteuropa-Gesellschaft, online via ZOOM, 07. Dezember 2021  
Bericht von Wladimir Dirksen, München

Gezielte Methoden der Desinformation und Manipulation gehören schon länger zum festen Repertoire des Kremls im hybriden Kampf gegen den „Westen“ und seine Institutionen. So spricht der Europäische Auswärtige Dienst erst jüngst in einem Report von einer gezielten „Impfdiplomatie“ Moskaus, „um das Vertrauen in westliche Impfstoffe, in EU-Institutionen und europäische Impfstrategien zu unterminieren“. Das Ziel besteht nicht nur darin, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, sondern die Gesellschaften zu destabilisieren. Für offene, demokratische Gesellschaften ist es nicht leicht, diese Strategien und hybriden Attacken in ihrem Bedrohungsgehalt immer richtig einzuschätzen und adäquat zu bekämpfen.

Abhilfe könnten hier dezidierte Analysen und Studien über die Arbeitsweisen russischer Auslandsmedien, wie jene der Osteuropahistorikerin Dr. *Susanne Spahn*: „Russische Medien in Deutschland“ sowie – ganz aktuell – des langjährigen Regionalbüroleiters der Deutschen Presse Agentur für Südosteuropa Dr. *Thomas Brey*: „Russische Medien auf dem Balkan“ schaffen.<sup>1</sup> Mit letzterer Analyse liegt damit erstmals auch eine Fallstudie für den Balkan (Schwerpunkt: Serbien) vor, welche die Wirkungsweise und Gefahren russischer Staatspropaganda in dieser Region thematisiert. Im Unterschied zu Deutschland und den westlichen Demokratien insgesamt liegt die besondere Herausforderung darin, dass die Propaganda des Kremls bei den politischen Eliten und weiten Teilen der Bevölkerung in der Balkanregion auf offene Ohren stößt. Dieses Thema

ist in seinem Gefahrenpotenzial kaum zu unterschätzen und wird in Zukunft sicher noch an Bedeutung gewinnen.

Die Diskussion über den Einfluss russischer Medien wurde vom Diplomatischen Korrespondenten der Chefredaktion des Tagesspiegels, Dr. *Christoph von Marschall*, moderiert. Nach einer Begrüßung durch den Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, *Michael Roick*, und dem Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft, Prof. Dr. *Claudia Weber*, eröffnete Moderator von *Marschall* die Veranstaltung.

### Arbeitsweisen russischer Auslandsmedien auf dem Westbalkan

Zu Beginn der Veranstaltung hielt Dr. *Thomas Brey* einen kurzen Impulsvortrag mit dem Titel „Russische Medien auf dem Balkan – Wie Moskaus Propaganda Serbien beeinflusst“. Hierbei bezeichnete Brey den Westbalkan als einen „Nebenkriegsschauplatz“, auf dem die USA und Russland versuchen würden, die Länder der Region auf ihre jeweilige Seite zu ziehen. Die Medienlandschaft in Serbien und anderen Balkanstaaten versuchten sowohl die USA als auch Russland und China aktiv zu beeinflussen.

Es sei zwar die EU, die viele Milliarden Euro in den Westbalkan investiere und „ein Heer“ von Experten und Diplomaten in der Region unterhalte; Brey stellte jedoch fest, dass es trotz der tatsächlichen und durchaus wirkungsmächtigen Bemühungen der EU in der Region dennoch

1 *Susanne Spahn*, Russische Medien in Deutschland, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2018, [https://shop.freiheit.org/download/P2@754/145670/A4\\_RussischeMedien\\_D\\_Endfassung.pdf](https://shop.freiheit.org/download/P2@754/145670/A4_RussischeMedien_D_Endfassung.pdf) ; *Thomas Brey*, Russische Medien auf dem Balkan, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2021, <https://www.freiheit.org/de/publikation/russische-medien-auf-dem-balkan>

Russland, China und den USA zunehmend gelänge, über regionale Medien gezielt Sympathien zu wecken. Beispielsweise habe die russische staatliche Nachrichtenagentur „Sputnik“ eigens hierfür eine serbische Filiale in Belgrad gegründet.

Brey stellte eine Studie vor, die er anhand umfangreicher Auswertungen der Berichterstattung von Sputnik in Serbien durchgeführt hat. Zu den Zielen von Sputnik gehöre demnach, die Meinungsbildung im Land aktiv zu beeinflussen. Hierfür verfolge Sputnik eine selektive Berichterstattung. Die Nachrichten seien speziell auf Serbien zugeschnitten und würden stets versuchen, russisch-serbische Gemeinsamkeiten zu identifizieren und zu verstärken. Themen und Darstellungsweise von Sputnik in Serbien hätten zum Ziel, eine gemeinsame Opferrolle Russlands und Serbiens zu kreieren. Darüber hinaus würde das Ideal einer vermeintlich traditionellen, patriarchalischen Gesellschaft propagiert, die alternative Beziehungskonzepte ablehne. Insgesamt würde versucht, die russische Politik in der Region verständlich zu machen, indem beispielsweise „Beweise“ der Überlegenheit russischer Waffentechnik geliefert oder die Person Putins als idealtypischer Staatenlenker glorifiziert würden. Hierdurch würde versucht, eine Annäherung des Landes an euroatlantische Strukturen zu verhindern.

Durch das Säen von Zwietracht und dem Verstärken nationaler Gegensätze verfolgt Russland laut Brey eine „Divide et impera“-Strategie, indem es lokale Rivalitäten im Balkan ausnutze. Die Methoden der Berichterstattung würden sich hierbei eindeutig von denjenigen anderer Medien unterscheiden. Mit Quellen würde zum Beispiel sehr selektiv und zielgerichtet umgegangen. Diese sollten die Meinung der Redaktion zu Ereignissen widerspiegeln. Die Interviewpartner seien hierfür irrelevant und dienen eher als Legitimations- anstatt als Informationsquelle.

Aus diesem Grund seien es eher Einzelfälle, auf die man sich fokussiere, anstatt eine Gesamtchau eines Phänomens oder etwaiger Ereignisse darzustellen. Es würde auch auf regionale und sogar lokale Themen wie Verkehrsunfälle eingegangen, um für die Zuschauer vordergrün-

dig eine möglichst relevante Nachrichtenquelle darzustellen. Diese Vorgehensweise stellt laut Brey eine Art „Top-down-Kommunikation“ dar. Hierbei würde dem Konsumenten die Interpretation von Ereignissen gleich mitgeliefert, ohne dass sich dieser anstrengen müsste, selbst nachzudenken. Mithilfe von Sputnik werde ein „Wir-Gefühl“ mit den Serben erzeugt, welches unterstreichen solle, dass Russland und Serbien zusammen gegen alle anderen stehen würden und ihre traditionellen Werte verteidigen müssten.

Solche Berichterstattung würde in Serbien laut Brey auf fruchtbaren Boden fallen, denn serbische Politik sei der russischen in ihrem Umgang mit der Justiz und den Medien sehr ähnlich. Den finanziell knapp aufgestellten serbischen Medien käme daher die Unterstützung aus Russland sehr gelegen. Es gebe einen regelrechten serbisch-russischen Journalisten-Transfer bei aufgabenstarken Zeitungen und überregionalen Portalen, darüber hinaus würde ein enges Netz russophiler und nationalistischer Portale in Serbien gepflegt. Die Auswertung der Studie habe ergeben, dass die Präferenzen der serbischen Bevölkerung – USA und EU kommen sehr schlecht weg, China und Russland genießen dagegen eine sehr wohlwollende Berichterstattung – erfolgreich beeinflusst würden.

#### „Hard-power“ vs. „Soft-power“

Trotz dieser starken, künstlichen Färbung der öffentlichen Wahrnehmung, in der Russland und China als die Wohltäter Serbiens dargestellt würden, sehe es in der Realität ganz anders aus. In der Praxis seien nicht Russland oder China, sondern eher die EU und der Westen allgemein das Ziel serbischer Migrationsbewegungen. „Niemand käme auf die Idee, seine Kinder nach China oder Russland zu schicken“, so Brey. Bevorzugte „Sehnsuchtsländer“ für Migrant\*innen oder Studierende aus Serbien wären vor allem Deutschland und Österreich, danach England und Frankreich. Die jungen Leute vom Balkan würden zum Arbeiten oder Studieren vorwiegend in die EU anstatt nach Russland oder China reisen. Mittelfristig sehe die Jugend der Region keine Perspektiven in der Heimat.

Auch unter russischen Studierenden und jungen Erwachsenen seien die EU oder Amerika

Die vom Europäischen Auswärtigen Dienst 2015 zur Aufdeckung russischer Desinformationskampagnen gegründete „EU Stratcom Task Force“ habe festgestellt, dass Deutschland innerhalb der EU ganz klar im Fokus russischer Desinformationskampagnen steht. *Spahn* wies an dieser Stelle darauf hin, dass russische Staatsmedien nicht im luftleeren Raum agieren würden. Sogenannte „alternative Medien“ würden die Falschnachrichten aus ideologischen Gründen gezielt reproduzieren und verbreiten. Traditionell hätten die russischen Staatsmedien in der Vergangenheit Parteien wie die Alternative für Deutschland oder Die Linke unterstützt.

*Spahn* zeigte auf, dass es durchaus ein großer Spagat sei, den die russischen Medien in Deutschland mit der Unterstützung beider politischer Ränder zu machen hätten. Die zukünftige Strategie russischer Staatsmedien sei deswegen, breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen und eher die politische Mitte anzusprechen. Insgesamt sei das Ziel, sich gegen den sogenannten „Mainstream“ zu richten und Themen populistisch darzustellen. Behauptungen würden in russischen Auslandsmedien teilweise sogar ohne Beweise aufgestellt und genannte Quellen falsch angegeben oder absichtlich falsch interpretiert.

Bezogen auf den Umgang mit Propaganda attestierte *Brey* der Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel ein eklatantes Fehlverhalten in Bezug auf den Westbalkan. Aufgrund einer „Fehleinschätzung der politischen Lage“ während ihrer Kanzlerschaft habe Merkel eine sehr enge Freundschaft zum autokratischen Führer Serbiens, Alexander Vučić, aufgebaut. Merkel habe ihm in kritischen Wahlkampf-Situationen mehrmals demonstrativ, etwa durch Einladungen ins Kanzleramt nach Berlin, dabei geholfen, sich bei der serbischen Wählerschaft aufzuwerten – was ein großer außenpolitischer Fehler gewesen sei. Merkel habe auf dem Balkan einen sehr guten Ruf und werde „fast wie eine Heilige“ gesehen. Dieses positive Image Merkels bewusst für Vučićs Wahlkampf in Serbien zur Verfügung zu stellen, sei in Anbetracht seiner antidemokratischen Haltung ein Fehler mit weitreichenden Konsequenzen gewesen.

### Was tun?

*Spahn* hob eindringlich hervor, dass Desinformation eine reale Gefahr für die Demokratie darstelle. Politiker\*innen sollten sich daher deutlicher dazu äußern und Schritte ergreifen. Einflussnahmen sollten am besten von Untersuchungskommissionen beleuchtet werden. Deutschland brauche dringend eine Behörde auf Regierungsebene, ein Gremium oder eine Aufsichtsbehörde, welche die Publikationen des russischen Staats (wie es in Großbritannien oder den USA bereits üblich sei) kontrollieren und gegebenenfalls unterbinden. Der Deutsche Presserat wäre für RT DE laut *Spahn* nicht zuständig, weshalb der Sender sich bisher auch damit rühmen könne, noch keine Rüge des Deutschen Presserats kassiert zu haben. Daher sollte man die Zuständigkeit klarer regeln, damit eine Behörde sowohl Verwarnungen aussprechen als auch regulierend eingreifen könne.

Nichtsdestotrotz warnte *Spahn* davor, in sofortige Verbote zu verfallen. Stattdessen sollte man auch den staatlichen Sendern aus Russland die Chance geben, die Desinformationen, die sie verbreiten, selbst richtigzustellen. Falls sie dies bewusst nicht tun würden, könne man dann mit einer guten Begründung regulierend eingreifen. So habe das Videoportal YouTube beide Kanäle von RT DE erst nach mehreren Warnungen, einer Chance auf Korrektur und einer einwöchigen Blockade gänzlich gesperrt. Dass RT DE nicht auf die Kritik eingegangen sei, sondern die Sperrung der Kanäle bewusst in Kauf genommen habe, zeigt laut *Spahn* deutlich, dass Desinformation ein wesentlicher Bestandteil des Senders sei.

Ein härteres Vorgehen gegen russische Desinformationskampagnen auf EU-Ebene würde bisher von einigen Mitgliedsstaaten blockiert, bemerkte *Brey*. Insbesondere die Regierung Ungarns hätte sich hierbei sehr aktiv gezeigt. Der Präsident Ungarns, Victor Orbán, der Ministerpräsident Polens, Mateusz Morawiecki, sowie die rechtsextremen Politiker Frankreichs und Italiens, Marine Le Pen und Matteo Salvini, würden eine neue rechtspopulistische Gruppierung innerhalb der EU bilden, die eine einheitliche europäische Stimme gegenüber dem Balkan oder auch gegenüber Russland verhindern würde.

### Wie erreicht man die Konsumenten der russischen Staatsmedien in Deutschland?

Nicht nur Politiker\*innen der Linken oder der AfD geben russischen Propagandamedien Interviews. Vielmehr würden auch Angehörige der Regierungsparteien Interviews unter dem Vorzeichen des Dialogs geben, so *Spahn*. Insbesondere Wirtschaftsinteressen würden durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sehr präsent in die öffentliche Debatte getragen und gerne von den russischen Staatsmedien aufgenommen. Das Deutsch-Russische Forum sei ebenfalls sehr präsent in russischen Medien. Politiker\*innen sollten sich jedoch darüber im Klaren sein, dass es sich bei RT Deutsch oder SNA um Einrichtungen handle, die sich insofern klar von gewöhnlichen Medien unterscheiden, dass sie gezielt eine politische Agenda vorantreiben. Mit einem Auftritt in diesen Medien würden deutsche Politiker\*innen die russische Politik indirekt unterstützen.

Es gebe aber auch deutsche Medien wie die Bild-Zeitung, die ähnliche oder sogar die gleichen Behauptungen aufstellen würden wie ausländische Propaganda-Organen. Zum Beispiel hätte die „Sputnik-Kampagne“ (Impfstoff) gezeigt, wie bereitwillig sich manche deutsche Medien auf russische Propaganda einlassen. Hierbei werde klar, dass die Nachrichten, die auf russischen Portalen verbreitet werden, auch von deutschen Medien aufgegriffen und weiterverbreitet würden. So hätte der Besuch des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in Russland, um Sputnik zu kaufen, einen großen politischen Effekt gehabt, da die Solidarität mit der EU dadurch untergraben worden sei. Wie dieses Beispiel zeige, könne Russland enormen politischen Schaden auf dem Balkan, aber eben auch in Europa anrichten.

Auch die hiesigen, sogenannten „alternativen“ Medien würden die russische Propaganda in Deutschland weiterverbreiten. Diese würde hierzulande am ehesten Anklang in extremen linken oder rechten Kreisen finden. Der Anteil

der Mediennutzer\*innen in Deutschland, der empfänglich für russische Propaganda ist, sei in Ostdeutschland – insbesondere was die „Opferrolle“ Russlands anbelange – weitaus größer als anderswo.

*Spahn* wies darauf hin, dass genaue Angaben zu den Nutzern nicht vorlägen. Insgesamt seien es jedoch eindeutig eher linke und rechte Kreise, die sich als dezidiert pro-russisch bezeichnen würden. (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion (Russlanddeutsche) wären hingegen meist bilingual und würden daher eher das russischsprachige Inlandsfernsehen konsumieren. Auch die innenpolitischen Medien Russlands würden deshalb auf Deutschland bezogene Propaganda betreiben. Ein Beispiel dafür sei laut *Spahn*, dass im russischen Inlandsfernsehen Wahlwerbung für die AfD auf Russisch ausgestrahlt wurde.

Die Autokraten auf dem Westbalkan würden die EU nicht als Wertegemeinschaft, sondern vielmehr als Transferleistungsgeber ansehen. Politiker in der Region spielten China, Russland und andere Länder erfolgreich gegen die EU aus. Hiervon solle die EU sich nach Meinung der anwesenden Expert\*innen nicht weiter beeindrucken lassen. Drohungen eines möglichen Abbruchs der Beziehungen zwischen einem Balkanstaat und der EU sollten nicht allzu ernst genommen werden, da diese Staaten wirtschaftlich vollkommen abhängig von der EU seien. In Anbetracht der geringen Bevölkerungszahl der Balkanstaaten würde ein Wegfall politischer oder wirtschaftlicher Beziehungen zu einem Balkanstaat für die EU ökonomisch irrelevant bleiben, für das betroffene Land jedoch verheerende wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ergänzend betonte *Brey* zum Schluss noch einmal, dass konkrete Beitrittsperspektiven ungemein wichtige Anreize schaffen könnten.

An dieser Stelle beendete Moderator von *Marschall* die Online-Diskussion mit einer Danksagung und Verabschiedung.